

UMWELT - FRIEDE - ENTWICKLUNG – GLOKALE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WELT

Petra C. Gruber

Die weltweiten Risiken und Herausforderungen wie Armut, Umweltzerstörung, kriegsrische Auseinandersetzungen, Migration, Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, Kriminalität und internationaler Terrorismus sowie Infektionskrankheiten sind nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene lösbar. Zur Gestaltung des globalen Wandels bedarf es der Kooperation und Koordination auf allen Ebenen. Eine umfassend verstandene Nachhaltige Entwicklungspolitik dient dem Schutz und der Erhaltung unserer Umwelt, sie ist der Schlüssel für die menschliche Sicherheit, für das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen der Welt. Und sie eröffnet die Chance einer neuen, ganzheitlichen Lebensqualität.

In Teil I dieses Beitrags, Nachhaltige Entwicklungen, werden mittels eines historischen Überblicks die unterschiedlichen Begriffsdefinitionen und der Wandel von Entwicklungshilfe zur Zusammenarbeit für zukunftsfähige Entwicklungen skizziert. Teil II., Zeitalter der Globalisierungen, geht auf die unterschiedlichen Dimensionen, Kehrseiten und Grenzen von Globalisierung(en) ein. Die Interdependenzen zwischen Umwelt - Friede - Entwicklung werden als neue glokale Herausforderungen erörtert, die Rolle des Staates und Machtverschiebungen zugunsten globaler Akteure beleuchtet. Im III. Teil wird das Erfordernis ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, Weltordnungspolitik erläutert und für IV. ein neues ganzheitliches Bewusstsein als Basis einer nachhaltigen Verhaltensänderung plädiert, das auf Werten plus der Weisheit der Natur aufbaut.

I. Nachhaltige Entwicklungen

Nachhaltigkeit erfuhr mit dem World Summit on Sustainable Development (WSSD 2003) in Johannesburg erneute Konjunktur. Doch die Bestrebungen, zukunftsfähige Entwicklungen weltweit zu fördern, waren bislang wenig erfolgreich - vielmehr sind nachhaltige Schwierigkeiten auszumachen. Es liegt nicht nur am sperrigen Begriff, dass die neuen Bilder, die neue Qualität eines ganzheitlichen Lebens so schwer zu vermitteln sind. Konstruktives braucht Zeit, heißt es auch, das vermag zu trösten, doch die damit einhergehende Kardinaltugend der Hoffnung allein ist zu wenig. Es müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um allen Menschen die (Überlebens)Wichtigkeit Nachhaltiger Entwicklungen zu verdeutlichen. Allerdings können zukunftsfähige Entwicklungen nicht verordnet werden. Vielmehr ist eine breite Nachhaltigkeitsdebatte die Basis für einen entsprechenden gesellschaftlichen Konsens. Wenn dabei aber nicht alle Sinne des Menschen mitangesprochen werden, wird der Schritt vom ganzheitlichen Bewusstsein zum entsprechenden Handeln ausbleiben. Kreative Ansätze sind gefragt, um Nachhaltigkeit erlebbar, genießbar zu machen. Neben der individuellen als auch wirtschaftlichen Verantwortungsethik ist der politische Wille gefordert, die getroffenen internationalen Übereinkommen und nationalen Strategien durch entsprechende Maßnahmen auch zu implementieren und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Begriffsdefinitionen und historischer Überblick

In der Diskussion um Nachhaltigkeit und Entwicklung finden sich zahlreiche und vieldeutige Interpretationen, oft schwingt mit den Begrifflichkeiten eine ganze Weltanschauung mit. Die folgenden Begriffsbestimmungen von Armut und Entwicklung erläutern, dass Armut nicht einfach das Gegenstück zu materiellem Reichtum ist und Entwicklung mehr bedeutet als wirtschaftliches Wachstum und technologischer Fortschritt. Maßgeblich für das Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit ist folgende Kernaussage Franz Nuschellers: *Entwicklung kann nicht Entwickelt-Werden, sondern nur Sich-Entwickeln bedeuten*. Dass Entwicklung im Einklang mit der Natur zu verstehen ist, sei noch explizit hinzugefügt.

Historische Beispiele zerstörerischer menschlicher, also anthropogener Eingriffe in die Natur finden sich bereits in der Antike. Bekannt sind auch katastrophale hygienische Verhältnisse und enorme Abfallprobleme in den europäischen Städten des Mittelalters. Die damaligen Umweltkrisen waren jedoch lokal oder regional begrenzt. Erst mit Beginn der industriellen Revolution, einem historisch relativ kurzen Zeitraum also, haben Umweltprobleme planetarische Dimensionen angenommen, z.B. Schädigung der Ozonschicht, Klimaänderung, Rückgang der biologischen Vielfalt, Verlust der Wälder, Degradierung von Böden und Gewässer sowie gefährliche Abfälle. Wir wissen heute, dass unser Produktions- und Konsummodell nicht zukunftsfähig ist, dass eine Globalisierung der westlichen Lebensweise, die auf erschöpflichen fossilen (und nuklearen) energetischen Ressourcen gründet, klar an ökologische Grenzen stößt. Ein Gleichgewicht zwischen der Bevölkerung und den natürlichen Lebensgrundlagen ist dringend erforderlich.

Doch brachte diese Erkenntnis keine humanistische, ganzheitliche Weltsicht hervor, in der der Natur ein Wert an sich beikam („*intrinsic value*“), vielmehr galt es, sie nun geschickter auszubeuten. Nachdem der hemmungslose Raubbau an der Natur Schädigungen und Knappheiten hervorbrachte, folgte ihre Bewirtschaftung - ganz im Sinne des Gründervaters der modernen Wissenschaft, Francis Bacon (1561-1626) „Macht euch die Erde untertan“. Der aufgerissene Graben zwischen Mensch und Natur wurde mit dem mechanistischen Weltbild und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche immer tiefer; mit der „Denaturierung“ des Menschen war die Entfremdung vorprogrammiert. Im Namen des „Fortschrittglaubens“, der seine Blütezeit im Europa des 18. Jahrhunderts hatte, „entdeckten“ die Europäer die Welt. Eine nahezu unumstrittene, optimistische und zum Teil arrogante Sicht der modernen industriellen Entwicklung herrschte bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts vor - und existiert in vielen Köpfen wohl auch noch heute.

Zurück zu den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Wurzeln

Entwicklungstheorie und -politik sind relativ junge Disziplinen und reichen gerade bis in die Mitte der 40er/Anfang der 50er Jahre zurück. Sie basieren auf den großen Theorien der letzten Jahrhunderte, den Anfängen der modernen Soziologie sowie der klassischen, ja sogar vorklassischen Nationalökonomie. Im *Merkantilismus*, also der Epoche des 16./17. bis 18. Jhdts., die durch einen regulierenden Staat gekennzeichnet war, meinte man, dass der Wohlstand eines Landes zu Lasten anderer Länder gehen würde.

Die mit Adam Smiths einsetzende *Klassik* ging hingegen davon aus, dass die Selbstregulierung der Wirtschaft durch freie Konkurrenz der rational und im Eigeninteresse handelnden Individuen den gesellschaftlichen Nutzen maximieren, zu einer Vermehrung des Wohlstands der Nationen führen werde. Smith formulierte erstmals eine Wachstumstheorie: Durch die durch Arbeitsteilung gesteigerte Produktivität und induzierten höheren Einkommen werde der Markt erweitert und somit der Wachstumsprozess erhalten. David Ricardo fügte die internationale Dimension hinzu und lieferte die theoretische Fundierung von Freihandel und internationaler Arbeitsteilung nach Maßgabe komparativer Kostenvorteile: Jedes Land sollte sich demnach auf die Produktion jener Güter spezialisieren, bei denen es aufgrund natürlicher Faktoren die vergleichsweise geringsten Kosten hätte.

Ab 1880 bildete sich infolge der Revolutionierung des internationalen Transportwesens (Dampf- statt Segelschiff, Eisenbahnbau in Übersee) und der drastisch reduzierten Exportkosten erstmalig in der Weltgeschichte ein wirklicher Weltmarkt für Massenfachgüter (Getreide, Vieh, Kohle, Holz) heraus und es wurde aus europäischer Sicht sinnvoll, die Böden und Rohstoffvorkommen der überseeischen Territorien zu erschließen. Die Mitte des 19. Jahrhunderts wird auch als Ära des *Freihandels-imperialismus* bezeichnet. Das Interesse der Kolonialmächte an der direkten Beherrschung fremder Territorien schwand, sie bauten nun auf die Überlegenheit ihrer Wettbewerbsfähigkeit. *Exkurs:* Die Kolonialisierung als Ausdehnung europäischer Herrschaft über fast die ganze Erde begann bereits ca. 1500 n. Chr., zunächst von Portugal und Spanien, später von Holland, England, Frankreich sowie Russland aus. Das eigentliche Ziel der Eroberung und Besiedelung war der Handel - ökonomischer Profit. Die zweite Welle der Kolonialisierung kulminierte in der Epoche des Imperialismus (1880 bis 1914) und diente der Machtdemonstration.

Schon in der Phase der europäischen „Bevölkerungsexplosion“ ab Mitte des 18. Jahrhunderts setzen sich Wissenschaftler mit dem Missverhältnis zwischen Mensch und Natur auseinander. Beispielsweise stellte Thomas Robert Malthus 1798 die These auf, dass sich die Bevölkerung in geometrisch progressiver Folge (also 1, 2, 4, 8, 16, ...) vermehre, die Nahrungsmittelproduktion hingegen bestenfalls in arithmetischer Weise (1, 2, 3, 4,...) gesteigert werden könne. Malthus konnte damals freilich nicht den technologischen Fortschritt voraussehen; abgesehen davon ist Hunger aber vielmehr eine Verteilungsfrage. John Stuart Mill betonte 1857 die Notwendigkeit einer stationären, von Wachstumswängen befreiten Wirtschaft („steady state economics“), die keinen Stillstand menschlicher Erfindergabe bedeuten würde, sondern mindestens ebensoviel Spielraum für alle Arten geistiger Kultur, moralischen und sozialen Fortschritts und daher vielfältige Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensführung offenbare. Mill wies auf die Bedeutung der Naturästhetik für den Menschen hin und gilt als einer der wichtigsten *Begründer des Sustainable Development Gedankens*. Was Mill dabei übersah, waren die Gier der Menschen und ihre Ängste, ihre geringe Bereitschaft zu Veränderungen bei ungenügend großem Leidensdruck.

Mit der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise wurde der Exportboom in Übersee jäh unterbrochen. Um ihre wirtschaftlichen Probleme zu lindern, ergriffen die Industrieländer hochprotektionistische Maßnahmen (Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse und Subventionen). Die neoklassischen Rezepte zur Überwindung der Krise versagten und ein neues volkswirtschaftliches Paradigma bildete sich heraus: Der *Keynsianismus* - ein Instrumentarium staatlicher Anreize könne zum wirtschaftlichen Gleichgewicht führen. Entwicklung wurde mit Wirtschaftswachstum, insbesondere Industrialisierung gleichgesetzt. Die anfängliche, aus Effektivitätsgründen nötige Konzentration der Ressourcen auf einen modernen industriellen Kern sollte später zu Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekten („trickle down“-Effekt) in den traditionellen und ländlichen Raum führen. Ursprünglich handelte es sich also um einen wachstums- und verteilungspolitischen Ansatz.

Halbierung der Welt

Nach dem Zweiten Weltkrieg geht das Zeitalter des Kolonialismus zu Ende (zweiter Entkolonialisierungsschub in Asien, Ende der 50er Jahre in Afrika). Der obsolet gewordene Nord-Süd-Gegensatz zwischen und unter den Kolonien und ihren Mutterländern verlagert sich auf eine *neue Einteilung der Welt in zwei ideologische Pole: Ost-West*. Die USA nimmt mit dem Zusammenbruch der europäischen Kolonialmächte die dominierende Rolle im Weltgeschehen ein.

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sich die Staatengemeinschaft, einen „für alle Menschen fühlbaren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Gang zu bringen“ (1945). Am Anfang stand das europäische Wiederaufbau- und Hilfsprogramm, der „Marshall-Plan“. Ein wesentliches Motivationsmerkmal der USA war schon damals das „wohlverstandene Eigeninteresse“. Ihre Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder war von Beginn an politisch und strategisch ausgerichtet, beispielsweise die Verhinderung der Ausbreitung des Kommunismus oder die Sicherung von Rohstoffquellen und Seewegen.

Entwicklungspolitik und -theorie der letzten 50 Jahre

Mit der Inauguralrede, der Rede zum Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman (1945), galten über Nacht vier Fünftel der Welt als „unterentwickelt“¹, weil sie nicht alles kaufen konnten, was sie zum „Menschsein“ brauchten. Das Sein und Handeln der Menschen wurde von der Obsession „mehr zu haben“ überrollt. Traditionelle Glaubensvorstellungen und Lebensweisen, die Achtung vor der Natur und den Ahnen der Menschen, wurden mit einemmal als überholt erklärt, „entwertet“.

¹ Aufgrund des erniedrigenden Beigeschmacks und der Assoziation mit körperlicher und geistiger Unterlegenheit wird der Begriff der Unterentwicklung längst vermieden. Der hierarchisierende Ausdruck „Dritte Welt“ ist mit Ende des Kalten Krieges obsolet geworden. Die Autorin verzichtet auch auf den Ausdruck „Entwicklungsländer“, statt dessen ist von „Ländern der südlichen Hemisphäre/des Südens“ die Rede. Deren Heterogenität kommt allerdings auch in diesem Terminus nicht zum Ausdruck. Zudem hinkt die Einteilung in Nord/Süd geographisch, ebenso wie eine Generalisierung des „Westens“. Die Industrieländer wurden „moderne Industrienationen“.

Das Zeitalter der Entwicklungspolitik beginnt und beruht für die nächsten 20 Jahre auf dem entwicklungstheoretischen Paradigma der *Modernisierungstheorie*, die aus den theoretischen Einsichten gewonnene Politik wurde Entwicklungshilfe genannt. Für die Rückständigkeit nicht-industrialisierter Gesellschaften galten in erster Linie interne, also kulturelle und mentale Bedingungen verantwortlich. Dabei bediente man sich zahlreicher Klischees (sei es aufgrund mangelnder Information, aus Unwissen, aus falsch verstandenem Mitgefühl oder Vorurteilen heraus), die arrogante, ja rassistische Deutungen im Sinne weißer Überlegenheit nahe legen, bspw. die Klima- oder Bevölkerungstheorien. Der interne Wandel in den traditionellen Gesellschaften hin zur Moderne sollte durch gezielte „Hilfe“ gefördert werden.

Das Modernitätsleitbild amerikanischen Zuschnitts, demzufolge die traditionellen Gesellschaften so denken und handeln, so produzieren und konsumieren, schlichtweg so werden müssen wie wir, missachtet die Vielfalt aller möglichen kulturspezifischen Lebens- und Ausdrucksformen. Hauptkritikpunkte an der Modernisierungstheorie waren die Ausblendung der kolonialen Geschichte und der externen Faktoren, sowie das Scheitern der Überwindungsstrategien in der Praxis, die zudem an den konkreten Lebensbedingungen der Menschen vorbei geplant waren.

Entwicklungsdekaden

Ab 1960 begannen die *Vereinten Nationen* „*Jahrzehnte für Entwicklung*“ zu proklamieren und jeweils zu Beginn durchaus ambitionöse, aber nicht verbindliche, Dekadenstrategien zu verabschieden. Gemessen an den wirtschaftlichen Wachstumsraten in den Ländern der südlichen Hemisphäre schien die Erste Entwicklungsdekade durchaus erfolgreich. Doch die Massenarmut wuchs, das Wachstum war eben weder in die ländlichen Gebiete noch in die Slums der schnell wachsenden Städte durchgesickert. Das zuvor noch leichtfertig propagierte Aufschließen zu den Industrieländern, die Versprechen vom großen Wohlstand, von technologischen Wundern und unbegrenzten Ressourcen wurden nicht eingelöst. Kritik begann sich zu regen, die „Krise der Entwicklungshilfe“ wurde konstatiert. Unter Rückgriff auf die klassischen Imperialismustheorien wurde die Gegenposition zur Modernisierungstheorie, die *Dependenztheorien* formuliert: Sie orteten den Kern des Problems nicht in innergesellschaftlichen oder gar mentalen Faktoren, sondern in den außergesellschaftlichen, vor allem weltwirtschaftlichen und -politischen Bedingungen. Trotz formaler Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien würde die Beherrschung und Ausbeutung nun in indirekter, verdeckter Form fortbestehen. Die Handlungsbeziehungen zwischen den vorwiegend Rohstoffe exportierenden Ländern und den auf Industrieprodukte spezialisierten Ländern verschafften einseitig den Industrienationen Vorteile, über längere Zeiträume hinweg verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen (Theorie der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade). Die ungleichen Verwertungschancen auf dem Weltmarkt und die aus der langen Einbindung in die internationale Arbeitsteilung resultierende strukturelle Deformation der Ökonomien der Länder der südlichen Hemisphäre behindere auch die Entwicklung eigener produktiver Kräfte.

Die Dependenztheorien vernachlässigten den „subjektiven Faktor“ (also das Denken, Streben und Handeln von Menschen als Subjekte von Geschichte und Entwicklung) sowie die gesellschaftspolitischen Verhältnisse und Kulturen, die einer industriellen Entwicklung wie in Westeuropa oder Nordamerika förderlich sind oder eben nicht. Abhängigkeit und Marginalisierung eines Landes werden nicht allein durch äußere ökonomische und politische Einflüsse und Kräfte bestimmt.

Mit dem im Auftrag des damaligen Weltbankpräsidenten McNamara erstellten *Pearson-Bericht* (1969) wurde eine neue, durchaus innovative Phase der entwicklungsstrategischen Diskussion eingeleitet. In der Bewertung bisheriger Entwicklungspolitik und den Empfehlungen für die *Zweite Entwicklungsdekade* zeigte sich erstmalig Skepsis, dass Wachstum angesichts der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen automatisch zu Entwicklung führe. Ansätze waren die Grundbedürfnisorientierung, Süd-Süd-Kooperation und Forderung nach einer *Neuen Weltwirtschaftsordnung*, die schon damals eine Demokratisierung von Weltbank und IWF, die Öffnung der westlichen (insbesondere Agrar)Märkte für Exporte der Länder der südlichen Hemisphäre, eine Stabilisierung der Exporterlöse der Rohstoffproduzenten, die Förderung der Industrialisierung und die Respektierung des Rechts auf Kontrolle der eigenen Ressourcen beinhaltete.

Weltpolitische Entwicklungen verliehen diesen Forderungen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erhebliche Durchschlagskraft: Durch substantielle Ölpreissteigerungen (1973 und 1978/79) gelang es der OPEC, erstmals in der Weltgeschichte eine erhebliche Umverteilung des Welteinkommens in einen Teil der Länder des Südens zuwege zu bringen. Daraus entstand die Hoffnung, dass ähnliches auch bei anderen Rohstoffen möglich sei. Zudem hatten sich im Zuge der Entkolonialisierung die politischen Gewichte in den Vereinten Nationen durch die Aufnahme vieler neuer Staaten verschoben. Mit der Organisation der Länder des Südens in der *Blockfreienbewegung* oder der „*Gruppe der 77*“ waren Foren für die gemeinsamen Interessen geschaffen und so wurde der Nord-Süd-Konflikt für die nächsten 10-15 Jahre zum zweiten Globalkonflikt, nicht zuletzt weil diese Zeit eine entspannte Phase des Kalten Krieges darstellte.

Die öffentliche Initiierung der *Ökologiedebatte* und das Entstehen eines breiteren Umweltbewusstseins erfolgte erst viel später, woran nicht zuletzt der WWF (World Wide Fund for Nature), Greenpeace und einige Erfolgsautoren wie James Lovelock mit *GAIA* oder Rachel Carson mit ihrem Buch *Der stumme Frühling* (1962) und vor allem die Publikation der Meadows *Die Grenzen des Wachstums* (1972) entscheidenden Anteil hatten. Zudem wurde die Erde als Ganzes sichtbar - als Fotografie aus dem Weltraum, bei der sich der Betrachter als Teil dieses Bildes versteht. Der Begriff Sustainable Development wurde erstmals 1968 auf internationalen Konferenzen erwähnt, wo verdeutlicht wurde, dass die Staaten angesichts der anthropogenen, also der vom Menschen verursachten, ökologischen Zerstörung Verantwortung gegenüber der Umwelt übernehmen müssen. Im Sommer 1972 beschloss die UN-Generalversammlung eine *UN-Umweltkonferenz* (United Nations Conference On The Human Environment, UNCHE) in Stockholm zu veranstalten.

Die Regierungen der wohlhabenden Nationen hatten erkannt, dass die Umweltverschmutzung nicht an nationalen Grenzen halt macht und es internationaler Vereinbarungen bedarf, um globale Umweltschutzmaßnahmen zu treffen, und die anfallenden Kosten auf alle Länder aufzuteilen. Allerdings waren sie nicht wirklich bereit, ihr „verschwenderisches Wachstums- und Wohlstandsmodell“ auch nur in Frage zu stellen, vielmehr war und ist ein „*Wohlstandschauvinismus*“ auszumachen, der von anderen ein Umdenken verlangt, aber nicht bzw. kaum am eigenen Lebensstil rührt, sich diesen vielmehr zu reservieren versucht.

Die Bewegungen des Südens wurden seit den 80er Jahren durch vermehrte Konflikte in den eigenen Reihen, die Eskalation der Ost-West-Spannungen durch den Rüstungswettlauf und die sich verschärfende Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise stark geschwächt. Auch wurden unrealistische Maximalforderungen gestellt und Mehrheitsentscheidungen erzwungen, ohne sich Gedanken über deren Umsetzung zu machen. Die westliche Staatengruppe nützte wiederum ihre wirtschaftliche und politische Macht in den Nord-Süd-Beziehungen, um ihre Interessen durchzusetzen. Einen Versuch, den festgefahrenen Nord-Süd-Dialog wieder in Gang zu bringen, stellte der 1980 von der Nord-Süd-Kommission vorgelegte und wieder von McNamara beauftragte *Brandt-Bericht Das Überleben sichern* dar, in dem prominente Politiker und Experten die Forderungen nach der Neuen Weltwirtschaftsordnung weitgehend unterstützen. Entwicklungspolitik könne auch eine konjunktursteuernde Funktion erlangen - eine erhöhte Nachfrage im Süden solle Wachstumskrisen im Norden ausgleichen. Neben der ethisch motivierten Solidarität wurde nun auch das wohlverstandene, aufgeklärte Eigeninteresse des Nordens an der Überwindung der Armut im Süden als eine Frage des globalen Überlebens betont. 1982/87 folgte der wohl bedeutendste Beitrag zu *Sustainable Development*, der auch als *Brundtland-Bericht* bekannte Report der UN-World Commission On Environment And Development (UNWCED), *Our Common Future*, der die Wichtigkeit der Implementierung nachhaltiger Entwicklung sowohl in den modernen Industrienationen als auch in den Ländern der südlichen Hemisphäre unterstrich. Eine nachhaltige Gesellschaft wäre demnach so strukturiert, dass sie über alle Generationen überlebensfähig bleibt, d.h. sie ist so weitsichtig und wandlungsfähig, ihre eigenen materiellen, sozialen und ökologischen Existenzgrundlagen nicht zu unterminieren.

Danach schlug das Pendel wieder in Richtung Wachstumsorientierung. Es kam zu einer Renaissance der Neoklassik, *neoliberaler* Wirtschaftspolitik. Die neo-konservative Wende und die neuerliche Eskalation des Ost-West-Konflikts im Zuge der Reagan'schen Rüstungspolitik wiesen dem Thema Nord-Süd wieder einen untergeordneten Rang in der Weltpolitik zu. Zudem hatte sich auch die reale Situation in einer wachsenden Zahl von Ländern der südlichen Hemisphäre dramatisch verschlechtert und das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle insgesamt noch weiter vergrößert. Die sozialen Indikatoren wie Unter- bzw. Mangelernährung, Lebenserwartung, Säuglings- und Müttersterblichkeit und Alphabetisierungsrate belegten die Verschlechterung der Situation in einzelnen Bereichen. Folglich wird die *Dritte Entwicklungsdekade* auch als das „*verlorene Jahrzehnt*“ bezeichnet.

Die *Verschuldung* verschärfte die Krise der Entwicklungspolitik. Aus der Interessenlage der Gläubiger war das Schuldenmanagement des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwar durchaus erfolgreich, den Schuldnerländern bürdete es aber schwere Sanierungslasten auf. Es zielte vor allem auf die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit und nicht auf nachhaltige Entwicklung. Der Zwang zur Devisenbeschaffung führte u.a. zu Bedenkenlosigkeit gegenüber umweltbelastenden Auslagerungsinvestitionen und Giftmüllimporten sowie dem Ausbau des Tourismus mit all seinen schädlichen sozio-kulturellen und ökologischen Nebenwirkungen, zum Raubbau an den tropischen Regenwäldern, außenwirtschaftlich und ökologisch fatalen Monokulturen und zur Vernachlässigung der eigenen Nahrungsmittelproduktion. Die Auflagen zur wirtschaftlichen Strukturanpassung griffen und greifen tief in die Gesellschaftsordnung der Länder ein. Die erzwungenen Subventions- und Ausgabenkürzungen in den Bereichen der Grundnahrungsmittel und öffentlichen Dienstleistungen wie Schulen, Gesundheitsdiensten und Verkehrsinfrastruktur betrafen vor allem die ärmsten Schichten der Bevölkerung und vergrößerten so das Massenedelnd weiter, sie trugen zur politischen Destabilisierung und beschleunigten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bei.

Jahrzehnt der Gipfelkonferenzen - *From talking to walking?*

In den Vordergrund der Entwicklungspolitik der *90er Jahre* rückten die Programme zur Armutsbekämpfung. Die Weltbank, die eine programmatische Vordenkerrolle in der internationalen Entwicklungspolitik übernommen hat, setzt in ihrer Strategie für die 90er Jahre (Weltentwicklungsbericht 1990) weiterhin auf Marktwirtschaft und Wachstum, mittlerweile mit sozialpolitischen Komponenten aus der Grundbedürfnisstrategie und ökologischen Aspekten aus der Sustainable Development Diskussion flankiert. Dabei werden die internen Strukturen und Eigenanstrengungen der Länder der südlichen Hemisphäre wieder fokussiert. Die Betonung eines eng verstandenen „Ownership“, also der Eigenverantwortung der Länder für ihre Entwicklung, birgt freilich die Gefahr, die externen Faktoren und Rahmenbedingungen wieder zu vernachlässigen.

Mit der veränderten Weltlage ging eine neue Generation der *Weltkonferenzen* (siehe Übersicht im Anhang) einher - Interessenausgleich auf Grundlage eines multilateralen Verhandlungssystems. Zunächst unverbindliche Deklarationen und Resolutionen entwickeln schrittweise eine normative Kraft und ziehen Bemühungen nach sich, die Aktionsprogramme in Taten umzusetzen. Die teilweise völlig überladenen Dokumente, als auch die mangelnde politische Bereitschaft, aus den Einsichten entsprechende Konsequenzen zu ziehen, führen jedoch häufig zu halbherzigen Schritten. Es geht so gar so weit, dass bereits festgeschriebene Ziele und Prinzipien wieder zur Diskussion stehen. Schon im Vorfeld des „Implementierungsgipfels“ von Johannesburg galt es, Rückschritte zu vermeiden, statt neue Weichen zu setzen. Konkrete Ziele und Zeitpläne wurden bei den fünf Hauptverhandlungsthemen (WEHABs) Wasser, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und Artenvielfalt sowie Querschnittsthemen wie der Änderung der Produktions- und Konsumweise kaum vereinbart. Hauptblockierer war die JUSCANZ-Gruppe (Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und die USA). Der EU gelang es nicht, ein Gegengewicht zu bilden. Mit ihrer unnachgiebigen Haltung hinsichtlich Marktzugang und Agrarsubventionen schürte die EU das Misstrauen der Länder der südlichen Hemisphäre.

Die Grenzen des konsensorientierten Multilateralismus wurden in Johannesburg augenscheinlich. Neue Formen globaler Problemlösung sind nun zu entwickeln, die auch blockierende Mächte in ihre Verantwortung zwingen. Zudem wurde der bereits im Brundtland-Bericht bestehende Widerspruch des Nachhaltigkeits-Konzeptes nicht aufgehoben, ein Gegenentwurf zum herrschenden Wirtschaftsparadigma stand nicht zur Diskussion. Immerhin gelang es, erstmals das Prinzip der Verantwortung der Unternehmen zu verankern und neue Partnerschaften aufzutun. Die vielfältigen, vom Gipfel ausgehenden, Impulse sind nicht zu unterschätzen. Jetzt sind politische Entscheidungen gefragt, die Umsetzung auf nationaler bzw. regionaler und lokaler Ebene, beispielsweise im Rahmen der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Entwicklungszusammenarbeit im neuen Jahrtausend

Es sind auch Erfolge wie die Senkung der Säuglingssterblichkeit und Analphabetenrate sowie eine Erhöhung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zu verbuchen. Selbst wenn der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen rückläufig ist, braucht es noch vielfältige Anstrengungen, um das UN-Millenniumsziel der Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen. Die Definition von *Armut* als Mangelzustand, gemessen an existentiellen Grundbedürfnissen (Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnen samt adäquater Sanitäreinrichtungen) greift zu kurz, Armut bedeutet auch kulturelle und soziale Ausgrenzung. Armut heißt fehlende politische Partizipation und Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen. Und das mit einem Leben in Armut einhergehende wiederholte Erleben von Demütigung, Ausbeutung und Ohnmacht bewirkt oftmals mangelnde Selbstachtung und geringes Selbstvertrauen.

Eine selbstbestimmte und dauerhafte *Entwicklung* kann nicht durch externe Inputs von Geld, Expertise und Personal herbeigeführt, sondern allenfalls gefördert werden. Die letzten fünf Jahrzehnte Entwicklungspolitik haben gezeigt, dass Entwicklung nicht importier- oder exportierbar ist. Jeder Mensch hat seine eigenen schöpferischen und produktiven Fähigkeiten und Methoden, um seine Probleme zu lösen. Reines „Anrecht auf Hilfeleistung“ entmündigt die Menschen, treibt sie in (weitere) Abhängigkeit und erstickt ihre eigene Antriebskraft. Es geht folglich darum, Freiräume, Anreize und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Mensch Selbstbewusstsein, Eigeninitiative und Verantwortung entfalten kann.

Bei den Forderungen nach (Hilfe zur) Selbsthilfe ist allerdings genau zu betrachten, ob dies als bequemes Alibi dient, Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortung abzuschieben.

Da die Bildung eines sich selbst tragenden nachhaltigen Systems einen längerfristigen gesellschaftspolitischen Prozess erfordert, wäre eine plötzliche Auskoppelung der Menschen aus dem System, von dem sie abhängen, tödlich. Vorab sind jene exogenen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Faktoren zu verändern, die eigenständige Bemühungen behindern oder zunichte machen, wie z.B. die Verschuldungskrise, Exporthemmnisse und Finanzspekulationen. Zur Stärkung der Selbsthilfekräfte haben die betroffenen Länder freilich auch interne Reformen der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, ihrer Herrschaftsstrukturen und Politik durchzuführen.

So haben sich bspw. die afrikanischen Führer mit der Gründung der NEPAD (Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas) gegen schlechte Regierungsführung, Misswirtschaft und Korruption ausgesprochen und zur Rechenschaftspflicht, Transparenz, Demokratie und Beachtung der Menschenrechte bekannt.

Groteske Fehlschläge haben die stillen Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit in den Hintergrund gedrängt. Die häufigsten *Kritikpunkte an früheren Entwicklungsprojekten* sind die Nichtbeachtung systemischer Zusammenhänge und der konkreten Lebenszusammenhänge der Bevölkerung; organisatorische Mängel sowie die ökonomische und soziokulturelle Undurchführbarkeit großangelegter technologischer Lösungsansätze („weiße Elefanten“). Lokales Wissen und praktischen Erfahrungen der Menschen wurden meist übergangen oder diskreditiert; bestimmte Akteur/innen und Gruppen implizit oder explizit aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen; die Dauerhaftigkeit der Projekte blieb unbeleuchtet.

Die Frage nach dem Sinn und der Effektivität von Entwicklungsgeldern wird immer lauter gestellt. Das *Motiv* der Wiedergutmachung ist fast 50 Jahre nach Ende der Kolonialzeit stark erodiert. Durch Vermittlung von Schuldgefühlen für historisches Unrecht sind Menschen nicht nachhaltig motivierbar. Dennoch bleibt der *ethische Imperativ* zentral. Mit dem Elend ihrer Mitmenschen konfrontiert, zeigt sich die Mehrzahl der Menschen solidarisch. Allerdings wird erwartet, dass die Mittel zielgerichtet ausgegeben werden und die Partizipanten in der Folge ihre Probleme mit eigenen Mitteln lösen können.

Angesichts der geringen Kaufkraft der armen Länder verlieren wirtschaftlichen Motive wie die Erweiterung des Welthandels und Erschließung von Märkten an Bedeutung, zumal die Produkte mittlerweile von anderen Ländern der südlichen Hemisphäre preisgünstiger angeboten werden. Neue Initiativen wie „*Corporate Aid*“ oder Public-Private-Partnerships eröffnen Chancen - und Risiken, wenn soziale und ökologische Ziele den Profitinteressen untergeordnet werden.

Frühere (macht)politische und strategische Motive sind mit Ende des Ost-West-Konflikts obsolet geworden. Hinzugekommen sind neue Sicherheitsaspekte wie internationale Kriminalität, Infektionskrankheiten und Umweltkatastrophen. Hunger mündet nicht direkt in Terrorismus, aber gepaart mit Hoffnungslosigkeit wird ein gewalttätiges Klima geschaffen. Der 11. September 2001 hat den Zusammenhang zwischen globaler Sicherheit und Gerechtigkeit offenbart. Der Überwindung der sozioökonomischen, politischen und ökologischen, also strukturellen Gewaltursachen kommt zentrale Bedeutung zur Sicherung eines friedlichen inner- und zwischenstaatlichen Zusammenlebens zu. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. „*Since wars begin in the minds of men, it is in the minds of men that the defences of peace must be constructed*“ heißt es in der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

Tagtäglich wird über neue oder alte Konflikte und Gewalteskalationen berichtet. Die Hoffnung auf eine friedlichere Welt hat sich mit Ende des Ost-West-Konflikts nicht erfüllt, die gegenwärtigen Militärausgaben erreichen längst wieder Ausmaße wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Arme Länder sind weit häufiger in bewaffnete Konflikte verstrickt als die reichen Nationen. Doch gemäß einer Studie der Universität der Vereinten Nationen scheint Armut an sich nicht ausschlaggebend zu sein. Weit maßgeblicherer Faktor ist die mangelnde Gleichberechtigung gesellschaftlicher Gruppen - fehlender Interessenausgleich, ungerecht verteilte politische, ökonomische und soziokulturelle Chancen sind häufige Konfliktursachen.

Krisenprävention ist im Grunde keine neue entwicklungspolitische Aufgabe, Entwicklungsprojekte zielen immer auch auf die Bekämpfung der in Zusammenhang mit Armut und Umweltzerstörung stehenden Krisenursachen. Wirksame vorbeugende Maßnahmen für Kriege und andere Katastrophen retten nicht nur hunderttausende Menschenleben, sie sparen auch Milliarden Euro ein - die statt dessen zur Förderung nachhaltiger Entwicklungen verwendet werden könnten, was die Risiken noch weiter mindern würde. Nachhaltige Entwicklungspolitik ist demnach Friedenspolitik.

Auf internationaler Ebene bieten die *Millenniumsziele* der Vereinten Nationen (MDGs) einen neuen Rahmen. Folgende Ziele samt Unterzielen gilt es zu erreichen: Armutsbekämpfung; Primarschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter; Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit; Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer schwerer Krankheiten; Schutz unserer gemeinsamen Umwelt sowie eine globale Partnerschaft für Entwicklung. Diese sollen nun mittels *Comprehensive Development Framework* (CDF), operationalisiert durch die *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs), erzielt und damit die Grundlage einer neuen Partnerschaft gelegt werden. „*The Comprehensive Development Framework (...) emphasizes the interdependence of all elements of development - social, structural, human, governance, environmental, economic, and financial. The CDF advocates a holistic long-term strategy (...).*“ Wie weit ein integrativer, ganzheitlicher Ansatz über die Rhetorik der Weltbank hinaus tatsächlich verfolgt wird, den drei Ks (Kohärenz, Kooperation und Koordination) gerecht wird und sich von den früheren Strukturanpassungsprogrammen (SAP) unterscheidet, bleibt zu verfolgen. Entscheidend wird auch sein, in wie weit die politischen und zivilgesellschaftlichen Hauptakteure auf lokaler und nationaler Ebene in den jeweiligen Ländern die MDGs als für sich sinnvolle Ziele empfinden, oder darin nur eine weiteres externes „Rezept“ und Instrument der Konditionalität sehen. Offen ist, wie man zu einer Entscheidungsfindung mit größtmöglicher Beteiligung, insbesondere von Frauen gelangt, wie langfristige Ziele mit kurzfristigen Bedürfnissen und lokale Wünsche mit nationalen oder globalen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.

So wie die beiden „großen Theorien“ – die Modernisierungs- und Dependenztheorien - mit ihrem universalen Geltungsanspruch scheitern mussten, gibt es auch kein entwicklungspolitisches Patentrezept. So unterschiedlich und verwoben die Ursachen der Armut und mangelnden Möglichkeiten einer eigenständigen Entfaltung sind, so holistisch müssen auch die Lösungsansätze sein.

Nachhaltige Entwicklungen als weltumspannende Herausforderung verstanden bedürfen auch einer entsprechenden Aufstockung der *finanziellen Ressourcen*. Entwicklungszusammenarbeit ist kein humanitärer Luxus, sie ist eine Zukunftsinvestition.

Bereits 1970 haben sich die OECD-Länder (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) mit Verabschiedung der UN-Resolution 2626 verpflichtet, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts (BSP) als *offizielle Entwicklungshilfe* (Official Development Assistance / ODA) zu leisten. Nur Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden erreichten das bzw. lagen über dem 0,7 % ODA-Ziel (2002). Österreichs Leistungen liegen mit nur 0,26 % (2002) des Bruttonationaleinkommens (BNE!) weit darunter. Die UN-Finanzierungskonferenz in Monterrey (Mexiko) im März 2002 sollte diesem rückläufigen Trend Rechnung tragen. Unverbindliche Formulierungen machen die Ziele und Zusagen jedoch wenig glaubwürdig.

Im EU-Rahmen (Barcelonaziel) ist Österreich nun verpflichtet, bis 2006 0,33 % des BNE zu erreichen. Mit der Verabschiedung des neuen „*Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit*“ (2002) soll den Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt Rechnung getragen werden. Als wesentliche Ziele der EZA werden Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und Umweltschutz benannt, die in allen Politikbereichen zu berücksichtigen sind. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Grundprinzip der ÖEZA im neuen Gesetz verankert. Mit der Festschreibung der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit könnten nicht nur komplexe Zusammenhänge, Struktur- und Machtfragen verdeutlicht, sondern auch die Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen und vielfältiger Lebensweisen befördert werden. Für die NGOs stellt sich die Frage, ob sie die ihnen grundsätzlich zuerkannte aktive Rolle auch wahrnehmen können. Es geht nicht nur um eine quantitative Erhöhung, sondern auch um eine qualitative Verbesserung, die von der Einrichtung der EZA-Agentur „*Austrian Development Agency - ADA*“ zur Durchführung der BMAA-Programme mit Jänner 2004 erwartet wird. Daran knüpfen sich u.a. die Hoffnung auf eine Klärung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten als auch Befürchtungen hinsichtlich der Einengung der Fördermöglichkeiten und einer verstärkten Einflussnahme auf die NGOs und lokalen Kooperationspartner. Der hohe Anteil gebundener EZA als auch die Auswahl der Schwerpunktländer mit relativ höherem Einkommen im Vergleich zu anderen LDCs (least-developed countries) wird auch in einer OECD-Studie (2003) bemängelt.

Die *Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten* meint mehr als ihre langfristige Wirksamkeit oder ökologische Verträglichkeit, sie umfasst neben Umweltbelangen auch die soziokulturelle Dimension (Zielgruppenorientierung; technische Anpasstheit; organisatorische Leistungsfähigkeit) sowie die wirtschaftliche Komponente (finanzielle Tragbarkeit) ebenso wie die politischen Rahmenbedingungen (Abstützung auf Entscheidungsträger; politische und wirtschaftliche Stabilität / Good Governance). Essentiell für die zunehmende Eigenverantwortung und Identifikation der Menschen mit dem Projekt ist aber, dass es bereits beginnend mit dem Entstehungsprozess auf ihren Ideen und Kapazitäten, Erfahrungen, Wissen, Fertigkeiten und lokalen Ressourcen aufbaut.

So dreht bspw. die Methode der Aktionsforschung (Participatory Rural Appraisal/PRA) die Prinzipien der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit um: Die Bevölkerung wird zum Hauptakteur und -verantwortlichen („owner“), die Menschen als die „wahren Expert/innen“ anerkannt, während externe Fachleute statt einer dominierenden eine unterstützende Funktion („facilitators“) einnehmen. Die für den Projekterfolg maßgeblichen Faktoren und Bedingungen und wie sich diese zueinander verhalten sind freilich für jedes Projekt eigens herauszuarbeiten. Die Bedeutung projektvorbereitender Forschung und projektbegleitender Evaluation wird zunehmend erkannt.

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit im umfassenden Sinne als Zusammenarbeit für Weltprobleme und Zukunftsfragen geht aber weit über Projektarbeit hinaus. Anstatt die Entwicklungszusammenarbeit nun mit Ansprüchen zu überfrachten und neue Illusionen und Frustrationen zu nähren, ist der Frage nachzugehen, welchen Beitrag die EZA zur globalen Strukturpolitik, die allen Veränderungen abverlangt, leisten kann.

Die sich im Zuge der Globalisierungen internationalisierten Fehlentwicklungen und Bedrohungen erfordern internationale Zusammenarbeit, schon aus aufgeklärtem Eigen-, ja Überlebensinteresse. Doch mangelt es vielfach an der Bereitschaft, die Menschen der südlichen Hemisphäre als gleichberechtigte Partner in globale Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Gegenwärtig ist das Nord-Süd-Verhältnis ein wirtschaftliches, und zunehmend politisches, auch militärisches Machtverhältnis, überlagert durch ein ökologisches Abhängigkeitsverhältnis. Obwohl längst offenkundig ist, dass auch die reichen Nationen in vielerlei Hinsicht Entwicklung brauchen und dabei Einiges von den Ländern der südlichen Hemisphäre lernen könnten - etwa betreffend ihres Naturverhältnisses oder des sozialen Zusammenhalts -, geht der Übergang von der Geberbelehrung zur globalen Lernkultur nur langsam vor sich.

II. im Zeitalter der Globalisierungen

Die neuen Transport- und Kommunikationssysteme verbinden heute unterschiedlichste Kulturen, Menschen, Informationen, Güter und Dienstleistungen und Kapital über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Globalisierung mit der Internationalisierung des Wirtschaftens gleichzusetzen, greift zu kurz. Das Loswerden von Grenzen alltäglichen Lebens und Handelns ist in den verschiedensten Dimensionen der Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Technologie und Ökologie erfahrbar. So spricht man auch von „*Globalisierungen*“ im Plural.

Glokalisierung, Marginalisierung und Fragmentierung

Mit den Globalisierungen geht auch eine Relokalisierung, eine Rückbesinnung auf lokale Besonderheiten und regional-kulturelle Stärken einher, die sich in der Wortsynthese „*Glokalisierung*“ (aus global und lokal) ausdrückt. Entgegen mancher Befürchtungen entsteht nicht eine weltweit homogenisierte Lebensform, eine globale „Monokultur“. Vielmehr geht der jahrhundertlange kulturelle Austausch in eine „*globale Melange*“ über und die westlichen Kulturen sind ein Teil dieser durch Vielfalt und Nicht-Integriertheit gekennzeichneten Welt(en)Gesellschaft.

Dies soll aber nicht über die Asymmetrien und Gefahren neuer Fundamentalismen und Abschottungstendenzen hinwegtäuschen. Nicht eine globale Gemeinschaft entsteht, vielmehr ist eine „*globale Apartheid*“ auszumachen. Manche sprechen in diesem Zusammenhang auch von globalisierten Reichen und lokalisierten Armen - von einer Neuverteilung der Privilegien und Entrechtungen. So partizipieren an der globalen Welt nur diejenigen, die auch Zugang zu Kommunikation und Transport haben - das bedeutet Exklusion der Menschen, die keine bzw. eine zu geringe Kaufkraft haben. Die ärmsten Länder der Welt werden zusehends an den Rand gedrängt - ökonomisch, sozial und politisch. Von einer erfolgreichen Weltmarktintegration kann demnach nicht die Rede sein. Die herrschende Triadenkonkurrenz zwischen Nordamerika, Westeuropa und Japan/Südostasien wickelt über drei Viertel des „Welt“handels ab, der Anteil Afrikas beträgt knapp zwei Prozent. Mit Globalisierung korrespondieren also auch *Marginalisierung* und *Fragmentierung*, bzw. *Fragegration* (James Rosenau), sprich die Gleichzeitigkeit der Prozesse von Integration und Fragmentierung.

Dass die Mehrheit der Weltbevölkerung von Globalisierung an sich keinen Nutzen gehabt hat, bestätigt auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Das Durchschnittseinkommen der reichsten 20 Länder ist heute 37 mal höher als das der ärmsten 20 Länder, das Einkommen der ärmsten 10 Prozent beträgt 1,6 % des Einkommens der reichsten zehn Prozent, die soviel verdienen, wie die ärmsten 57 % der Menschheit zusammen. Die immer weiter zunehmende *Kluft zwischen arm und reich* zwischen und innerhalb der Nationen provoziert soziale Spannungen, untergräbt die politische Legitimation und gefährdet den Frieden.

Friede - Umwelt - Entwicklung

Die größten Bedrohungen der menschlichen Sicherheit fußen in ökologischen, sozioökonomischen und politischen Missständen. Armut, knappe Ressourcen und deren ungerechte Verteilung führen häufig zu *kriegerischen Auseinandersetzungen*, die heute zumeist innerhalb der Grenzen stattfinden. Konfliktursachen sind weniger die sogenannten ethnischen Gründe, als vielmehr die Kontrolle über wertvolle Ressourcen wie Erdöl, Wasser, Holz, Diamanten oder Drogen. Abgesehen von der humanitären Katastrophe zerstören bewaffnete Konflikte die Lebensgrundlagen der Menschen, ziehen Unsicherheit und Instabilität nach sich, werfen die betroffenen Gebiete in ihrer Entwicklung um Jahr(zehnt)e zurück und treiben Millionen Menschen in die Flucht. Die Auswirkungen treffen in der Regel nicht nur die Nachbarländer, sondern haben globale Bumerangeffekte. Wenn die Menschen in ihren Heimatländern Zukunftsperspektiven haben, beugt dies auch Migrationsströmen vor.

Die langfristige Sicherheit der Erde und ihrer Bevölkerung ist vor allem auch durch das Ungleichgewicht zwischen dem Menschen und seinen natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet. Unserer Konsumtions- und Produktionsvolumen liegt bereits um ein Viertel höher, als die *Umwelt* verkraften kann. Mehr als 11.000 Arten sind vom Aussterben bedroht, weitere 5.000 potenziell. Knapp drei Viertel der Fischbestände der Welt ist gänzlich ausgefischt bzw. überfischt. Im Zuge der Ausweitung der Landwirtschaft hat sich die Bodenqualität weiter verschlechtert. Süßwasser wird in vielen Ländern knapper, bereits ein Drittel der Erdbevölkerung lebt in Ländern, die unter Wassermangel leiden. Das Ausmaß der globalen Abholzung im letzten Jahrzehnt wird auf einen Nettoverlust von vier Prozent des weltweiten Waldbestandes geschätzt, hauptsächlich in Afrika und Südamerika. Der globale Verbrauch fossiler Brennstoffe ist in der Zeit von 1992 bis 1999 um zehn Prozent gestiegen, der Pro-Kopf-Verbrauch der modernen Industrieländer beträgt das Zehnfache des Verbrauchs in den Ländern der südlichen Hemisphäre.

Unser nicht nachhaltiger Lebensstil bedingt Umweltkatastrophen in anderen Erdteilen: Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürreperioden verschärfen den täglichen Lebens- bzw. Überlebenskampf in den ärmsten Ländern der Welt, die aufgrund ihrer sensibleren Ökosysteme ungleich größeren Umweltrisiken ausgesetzt sind. Die Zerstörung der Umwelt ist in diesen Ländern Ursache und Folge von Armut zugleich. Für die Ressourcen(über)nutzung ist weniger die Anzahl der Menschen, das Bevölkerungswachstum maßgeblich als vielmehr die sozio-ökonomische Organisation, Produktionsweisen, Eigentumsverhältnisse und Herrschaftsformen.

Globale Umweltpolitik ist nicht als eigenständige Arena entstanden, vielmehr wurden die globalen Umweltprobleme mit der UNCHE 1972 zum Thema der Entwicklungspolitik. Solange Entwicklungspolitik unter bisherigen Vorzeichen auch als Interessensicherung der reichen Nationen gesehen wird, und diese keine Umkehr ihrer Über- bzw. Fehlentwicklung vornehmen und ihren „ökologischen Fußabdruck“ nicht verringern, unterliegt ihre Umwelthanwaltschaft einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem. Nun geht es entsprechend dem Vorsorgeprinzip vor allem darum, zukünftige Umweltschäden und Gefahren gar nicht erst auftreten zu lassen. Das Leitbild Nachhaltiger Entwicklung wurde mit dem Brundtlandbericht bekannt. Es gründete auf der Maxime intergenerativen, also Generationen-gerechten Handelns und konzentrierte sich auf die ökologische Ressourcen- und Senkenproblematik. Heute geht weit darüber hinaus und umfasst eine integrative, gleichwertige und gleichberechtigte Behandlung der drei Dimensionen Ökologie, Wirtschaft und Soziales. Die intragenerative, sprich Verteilungs-Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Länder ist demnach ebenso einzubeziehen. Nachhaltige Entwicklung als normatives Konzept vermittelt die Vorstellung einer Welt wie sie sein sollte, und wurde mit dem Erdgipfel in Rio 1992 international etabliert. Auf Makroebene wurde der Nachhaltigkeitsbegriff mit der Verpflichtung, dass *„die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden“* (Grundsatz Nr. 3 der Rio-Deklaration), abgesteckt. Bei den Versuchen der Operationalisierung bspw. über die Lokale Agenda 21 wurde die große Tragweite des gesellschaftlichen Projektes offensichtlich. Als eines der wichtigsten Kriterien für Erfolge oder Misserfolge hat sich die Verbindlichkeit herausgestellt.

Globale Umweltveränderungen führen auch zur Verbreitung von Infektionskrankheiten, bspw. steigt die Anzahl von Malariaerkrankungen. Der enge Zusammenhang zwischen Umweltqualität, Armut und *Gesundheit* ist evident. Mehr als eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2,4 Milliarden haben keinen Zugang zu angemessenen Sanitäranlagen. Malaria, Tuberkulose und HIV/AIDS rafften im Vorjahr sechs Millionen Menschenleben dahin. Rund 815 Millionen Menschen sind unterernährt. In den ärmsten Ländern der Welt stirbt jedes fünfte Kind vor seinem ersten Geburtstag, unzählige an leicht vermeidbaren Krankheiten wie Durchfall oder Masern. Trotz einiger Verbesserungen im letzten Jahrzehnt hat nach wie vor ein Fünftel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu Basisgesundheitsdiensten, fehlt es der Hälfte an oft überlebensnotwendigen Medikamenten. Es mangelt vor allem auch an Information und Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten sowie der Förderung adäquaten Gesundheitsverhaltens. Gesundheit ist nicht nur unabdingbar für ein menschenwürdiges Leben, sondern auch für eine gesamtgesellschaftliche nachhaltige, soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Machtverschiebungen und neoliberale Dogmen

Im Zuge der Globalisierungsprozesse relativiert sich die Bedeutung der Nationalstaaten, entstehen neue *Machtverhältnisse*. Die an ihre Bevölkerung und ihr Territorium gebundenen Nationalstaaten sind den transnationalen Akteuren unterlegen, die Macht ohne Verantwortlichkeit ausüben können. Unter den Dogmen neoliberaler Deregulierung und Privatisierung hat sich die Wirtschaft zunehmend aus der Gesellschaft herausgelöst, „entbettet“ und wirkt über Sachzwänge auf diese zurück. Transnationale Unternehmen (TNCs) haben mittlerweile eine Schlüsselrolle nicht nur in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt übernommen. Im internationalen (Standort)-Konkurrenzkampf um Investitionsentscheidungen und Arbeitsplätze werden Nationalstaaten oder einzelne Produktionsorte gegeneinander ausgespielt, zulasten sozialer Errungenschaften und Umweltschutzmaßnahmen. Dabei „verdienen“ die TNCs heute sehr viel mehr Geld auf den Finanzmärkten als mit der Güterproduktion. Nur noch drei Prozent (manche sprechen von gar nur mehr 0,5 %) fallen auf den realen Handel von Gütern und Dienstleistungen, die restlichen 97 oder mehr Prozent des Welthandels bilden eine Blase spekulativen Geldes. Die Welt wird auf ein einziges riesiges Unternehmen, eine Spielbank reduziert (daher der Ausdruck Casino-Kapitalismus) - ohne Wählersorgen und politische Verantwortung aber mit oft verheerenden, realen Konsequenzen.

Neoliberale Theorien, die sich durch „wissenschaftliche Simplizität voller Widersprüche auszeichnen“ dominieren nach wie vor das Weltgeschehen. Der ihnen zugrunde liegende „*homo oeconomicus*“, das vermeintlich unabhängige, objektive, rationale und unemotionale, perfekt informierte Individuum, das unabhängig von Beziehungen und sozialen Zusammenhängen seinen Nutzen maximiert, zeitigt von einem asozialen Männlichkeitsbild – und dieses einseitige, absurde Menschenbild existiert in der Realität einfach nicht. Nach Madörin ist der herrschende ökonomische Diskurs voll von „machistischen Omnipotenzphantasien“, männlichen Machbarkeits- und Allwissenheits-Wunschträumen.

Eine Hierarchisierung zwischen dem Ökonomischen einerseits und dem Außer-ökonomischen, dem Soziokulturellen und Politischen andererseits ist dem reduktionistischen, eindimensional monetären Zusammenhangsverständnis inhärent.

Da wird ein Zurückdrängen aller nicht-marktlichen Institutionen, speziell der Rolle des Staates, propagiert, wobei aber bewusst oder unterbewusst unterstellt (wird), dass *Märkte* im Grunde einen quasi-perfekten, selbstregulierenden gesellschaftlichen Wohlfahrtsmechanismus bereitstellen, der höchstens temporären Störungen ausgesetzt ist. Märkte sind jedoch nicht in der Lage sich selbst zu korrigieren. Der Staat gewährleistet das Funktionieren der Ökonomie, indem er die infrastrukturellen Vorbedingungen für kapitalistische Investitionen und Produktion einschließlich Bildungsqualifikationen leistet. Mehr Markt bedeutet entgegen der neoliberalen Auffassung nicht weniger Staat, sondern provoziert eine enorme Ausweitung von Reglementierungen, Kontrollen, Überwachungen und Interventionen. Der ökonomischen *Deregulierung* folgt eine ordnungsrechtliche Re-Regulierung. Im Zuge der, als das wirtschaftspolitische Allheilmittel geltenden, *Privatisierung* wird die staatliche Einflussnahme durch private Macht(gruppen) ersetzt - Privatisierungen sind demnach Machtstrukturierungen. Wenngleich die Umverteilungen nicht immer klar zu erkennen sind, läuft es letztlich auf eine Privatisierung der Gewinne und eine Vergesellschaftung der Verluste hinaus. Die Beseitigung staatlicher Interventionsmacht fördert in erster Linie die Interessen derer, die diese Märkte beherrschen und somit den Wettbewerb ausschalten können. Die vollkommene Konkurrenz ist eine weitere verfehlt Grundannahme - der *Wettbewerb* auf den Märkten ist beschränkt, die Märkte sind mono- und oligopolistisch verzerrt, „vermachtet“. Der verschleiende, den Kern der Sache verbergende, Charakter des neoliberalen Paradigmas entlarvt dieses als Ideologie.

Im Zuge der Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wird nicht nur der Mensch zum Humankapital bzw. auf seine Kaufkraft oder gar den Kostenfaktor reduziert, sondern auch die Natur zum wirtschaftlich nutzbaren Material, zur Ressource für den Produktionsprozess oder Schadstoffsenke degradiert.

Egoismus hat seinen negativen Beigeschmack verloren. Einem nachhaltigen Leben steht auch die Gier entgegen - die von alleine wachsende und in ihrer Natur unersättliche *Gier* entsolidarisiert und polarisiert, Gier pervertiert und entwürdigt, Gier verhindert Liebe und Zufriedenheit, Gier entfremdet. Die Habgier von einst ist zur heutigen Wirtschaftstugend namens Profitmaximierung geworden. Die umfassende Anwendung des Konkurrenzprinzips, kurzsichtiges Eigeninteresse und vermeintliche individuelle Freiheit verdrängen grundlegende humanistische Werte und soziale Errungenschaften und gehen weiterhin zu Lasten der Umwelt, ebenso wie der Lebensqualität künftiger Generationen.

Immerhin haben einige Unternehmer bereits die Herausforderungen der Zeit erkannt, sei aus gesellschaftlicher Verantwortung oder als Versuch, das eigene System vor dem Kollaps zu bewahren (Stichwort Corporate Social Responsibility). Wir stehen vor der großen Herausforderung, *Markt und Menschlichkeit zu vereinen und in Einklang mit der Natur zu bringen*. Dafür bedarf es der Reorientierung, Reorganisation und Stärkung politischer Gestaltungskräfte.

Das auf Josef Riegler gründende ganzheitliche Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft ist ein beispielgebendes Instrument für Nachhaltigkeit: Es integriert, versöhnt die vermeintlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessensgesetze.

III Globale Herausforderungen brauchen Weltordnungspolitik

Die immer komplexeren Zusammenhänge und wechselseitigen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten erfordern innovatives, kreatives Vorausdenken, Alternativen zur nationalstaatlichen Architektur des Politischen und der Demokratie. Dabei ist der (National)Staat keineswegs obsolet geworden, er ist vielmehr unverzichtbar, als einzig legitimierte Instanz zur Wahrung der Gemeinwohlinteressen. Mit dem kooperativen Modell des Transnationalstaates oder „*Inklusive Souveränität*“ soll eine Revitalisierung des Politischen (nicht nur im staatlichen, sondern auch im zivilgesellschaftlichen Sinne) gelingen. Transnational meint „*entfernungslose*“ soziale Lebenswelten und Handlungsräume; Inklusive Souveränität bedeutet, dass durch Kooperation ein Zugewinn an Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit entsteht, um die zentralen Zukunftsaufgaben zu bewältigen:

- Die (Wieder)Einbettung der Wirtschaft in umfassendere gesellschaftliche Ziele;
- eine Demokratisierung der „Institutional Trinity“ (Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und World Trade Organisation (WTO)) hin zu mehr Transparenz und Verantwortlichkeit über ihr enges wirtschaftliches Interesse hinaus;
- die Wiedergewinnung legitimer politischer Macht und

(Good) Global Governance

Das Konzept der Nachhaltigkeit stellt die Grundlage des heutigen Wirtschaftsdenkens in Frage. Statt Wachstumszwang setzt es auf ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, sozialen Frieden und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die vierte, die institutionelle Dimension der Nachhaltigkeit zielt auf die zukunftsfähige Gestaltung der „Spielregeln“ gesellschaftlichen Zusammenlebens. Schon Smith und Keynes verwiesen auf die erforderlichen Rahmenbedingungen und selbst bei Hayek liest man über die nötige Einbettung der Marktwirtschaft in ihr Umfeld. Um die Globalisierungen politisch zu gestalten, bedarf es einer internationalen Regelung, eines institutionellen Rahmens: „Global Governance“.

Dabei geht es nicht, wie die deutsche Übersetzung *Weltordnungspolitik* suggerieren könnte, um eine weltstaatliche Autorität oder Weltregierung. Es geht auch nicht bloß um eine Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, sondern um ein neues Politikmodell, das auf das Gemeinwohl zielt und den neu entstandenen Politikfeldern als auch Akteur/innen Rechnung trägt, die neben die Nationalstaatliche Politik und internationalen Regime und Organisationen getreten sind: Transnationale, also grenzüberschreitend agierende Konzerne und globale Finanzmärkte, wissenschaftliche Einrichtungen, Medien sowie Nicht-Regierungsorganisationen (NROs/NGOs), Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften.

Dabei stellen insbesondere die Nichtregierungsorganisationen, auch aufgrund der internationalen Publizität, eine wirksame Korrektivfunktion in der Weltpolitik dar. Sie sensibilisieren die Öffentlichkeit und zeichnen sich durch hohes Innovations- und Kreativitätspotential aus. Ungelöste Probleme sind die punktuellen und divergierenden Interessen unterschiedlich mächtiger NGOs, Vernetzungsschwierigkeiten als auch nicht-demokratische Entscheidungsstrukturen und Bürokratie.

Global Governance bedeutet die Wiedergewinnung politischer Steuerungs- und Gestaltungsmacht. In einem komplexen Prozess der Konsens- und Entscheidungsfindung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur/innen von der lokalen bis zur globalen Ebene bleiben die Staaten die Hauptakteure, nun auch zuständig für Koordination und Interessenausgleich der vielfältigen Akteure mit unterschiedlichen Interessen. Dabei wird auf das Verantwortungsbewusstsein der Entscheidungsträger/innen und den politischen Willen gesetzt, die getroffenen multilateralen Übereinkommen und nationalen Strategien auch entsprechend umzusetzen. Dem Einwand, Gemeinwohl sei dem herrschenden, von Macht und Interessen geleiteten Denken und Handeln fremd und die Chancen auf Kooperation und Interessenausgleich gering, ist der Zwang zur Zusammenarbeit aus Not entgegenzuhalten. Die Lösung der globalen Herausforderungen und dafür nötige Strukturveränderungen können freilich nur über eine Transformation der gegenwärtigen Nord-Süd-Beziehungen gelingen - echte Partnerschaft statt Paternalismus lautet die Maxime.

Governance without government meint demnach eine neue Form gesellschaftlicher Steuerung im Sinne der bereits 1795 von Immanuel Kant anvisierten Weltföderation. Ein reformiertes und gestärktes UN-System bildet das institutionelle Rückgrad, die Stärkung der globalen Rechtsstaatlichkeit den zentralen Baustein. Der Aufbau von Weltfinanz- und Handelsordnungen, Weltsozial- und Umweltordnung wird allerdings scheitern, wenn er nicht in eine Weltfriedensordnung eingebunden ist. Eine internationale Kooperationskultur, ein „*neuer Geist der globalen Nachbarschaft*“ soll die alten Vorstellungen gegnerischer Staaten ersetzen. Der Marginalisierung der Vereinten Nationen, dem unilateralistischen Hegemonieanspruch der USA und der von Partikulärinteressen geleiteten Engstirnigkeit gilt es politische Allianzen aus „like-minded-countries“ und der Gesellschaft entgegenzusetzen. Umfassende menschliche Sicherheit kann nicht gegen-, sondern nur miteinander erreicht werden.

IV. und ein neues, ganzheitliches Bewusstsein

Die bereits 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedete Allgemeine Erklärung der *Menschenrechte* und ihre folgende Ausdifferenzierung wurden trotz unterschiedlicher Wertgrundlagen zunehmend global akzeptiert - was freilich nicht automatisch ihre Befolgung bedeutet. Die Menschenrechte sind die Basis für ein umfassenderes, positives Friedenskonzept, da sie zentrale politische, soziokulturelle und wirtschaftliche „Friedensursachen“ benennen. Sie bilden die Grundlage von

Kriterien zukunftsfähiger Entwicklungen und Werte ohne Grenzen:

- Abdeckung der elementaren Grundbedürfnisse nach Nahrung, sauberen Wasser, Kleidung und Wohnen inkl. adäquater Sanitäreinrichtungen
- Zugang zu Basisgesundheitsdiensten
- Bildung im umfassenden Sinne und chancengleicher Zugang zu Informationen
- Unabhängigkeit, Freiheit, die die Verantwortung des einzelnen für das Gemeinwohl auch künftiger Generationen sowie für die Umwelt (als einen Wert an sich) impliziert
- kulturelle Selbstbestimmung und Wahrung autonomer Lebensräume gründend auf gegenseitigem Respekt
- Eigenverantwortung, Selbstvertrauen und -wertgefühl
- Soziokulturelle und politische Partizipation; eine konstruktive politische Konfliktkultur
- Chancengleichheit für Männer und Frauen
- Demokratie und Good Governance, also gute Regierungsführung
- Gewaltlosigkeit und menschliche Sicherheit
- Nachhaltige, sprich sozial gerechte und ökologisch verträgliche Wirtschaft
- Intaktes Ökosystem.

Diese Kernelemente menschenwürdiger Lebensbedingungen verdeutlichen auch, dass nachhaltige, friedliche Entwicklungen eine weltumspannende Herausforderung sind. Eine gesunde Umwelt, Freiheit und Gerechtigkeit, Partizipation, Eigenverantwortung und Selbstachtung sind „*Werte ohne Grenzen*“. Eine Kultur des Friedens kennzeichnet sich auch durch Solidarität und Gastlichkeit aus. Dies erfordert freilich eine neue Denkart: Statt Konkurrenz und Aggression bedarf es Kooperation und Integration. Wir neigen dazu, unser eigenes Wertesystem zu verabsolutieren. Dabei ist die Wertordnung des anderen der eigenen gleichwertig. Auch macht die Vielgestaltigkeit der jeweiligen Lebensweisen die Einzigartigkeit und den Reichtum dieser Welt aus. Dialog, tieferes interkulturelles Verständnis, Empathie (also das Einfühlungsvermögen) und gegenseitiger *Respekt* bilden den Nährboden für einen friedlichen (internationalen) Interessenausgleich und ein sicheres Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen. Es kann also nicht um Gleichheit, Gleichmacherei gehen, sehr wohl aber um Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit als auch um ein ganzheitlicheres Menschenbild.

Holistische Bildung und Verantwortungsethik

Entwicklung meint in ihrem ursprünglichen Sinne die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Nachhaltigkeit in den modernen Industrienationen impliziert vor allem Bewusst-Sein und eine Verhaltensänderung - „(Einfach) gut leben statt viel haben“, Suffizienz ist das Gebot der Stunde. Dabei geht es nicht um Askese, sondern um Genügsamkeit. Und das bedeutet keineswegs weniger Lebensgenuss, bringt vielmehr Zeit, Ruhe und Gelassenheit (auch im Umgang mit anderen). Authentizität, sein Leben nach seinem Rhythmus zu leben, bewusst zu gestalten, befördert zudem die Gesundheit. Wohlstand oder Lebensqualität hat demnach weitaus mehr Komponenten als materiellen Besitz.

Die Spezialisierung der Wissenschaften hat den interdisziplinären Diskurs nicht gerade gefördert. Zudem vermittelt das Bildungssystem Wissen ohne den Gesamtzusammenhang. Platons Erkenntnis, das *Wissen und Werte* eins sind, scheint längst vergessen. Integrative Ansätze wie die Ökosophie² (Anton Moser) gilt es weiter zu entwickeln. Zentrale Bedeutung kommt einer Neu- bzw. Wiederorientierung der Bildungspolitik an ihrem ursprünglichen, umfassenden Sinne zu. Mit einer Bildung, die eigenständiges Denken fördert, sich an der Entwicklung des humanen Potentials des Menschen orientiert, könnte sich der Mensch von den verinnerlichten Zwängen (bspw. des Konsums) emanzipieren, die der Entfaltung seines Bewusst-Seins im Weg stehen und ein kritisch-analytisches Verhältnis zu jenen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen gewinnen, die sein Leben bestimmen. Eine derart Demokratie-fördernde Bildungspolitik ist Mitvoraussetzung für die individuelle Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Emanzipation, für die Herausbildung eines Selbstwertgefühls und für ökosoziales und politisches Engagement - für wahren, tätigen Individualismus. Dieser bedeutet die Weigerung, sich nur um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern und meint die Übernahme von Verantwortung, die nachdrückliche Einmischung und Teilnahme der Menschen, beruhend auf der Erkenntnis, dass der Mensch von seinem Wesen her auf Gemeinschaft angelegt ist und sich nur in dieser voll verwirklichen kann und er seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten hat.

Es gilt, die eingefahrenen, eindimensionalen Denkstrukturen zu durchbrechen, die engen Grenzen der traditionellen, mechanistischen Ökonomie zu sprengen - und den „*homo integralis*“ (wieder) zu etablieren. Der Mensch hat als untrennbarer Teil des Ganzen eine Verantwortung gegenüber der Natur, Ethik ist dem biozentrischen Prinzip inhärent. Wenn der Mensch Einsicht in die Vernetzung von Allem mit Allem erlangt, richtet er sein Handeln freiwillig im Sinne des erkannten Ganzen aus. Die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl inklusive der Natur entspricht dann wahrer Freiheit - jenseits dem gegenwärtig auszumachenden pervertierten Individualismus, der in der eigenen Beschränktheit stecken bleibt.

² Dabei werden aus den Makromustern der Natur (Vielfalt, Wechselwirkung, Evolution des Ganzen) Erkenntnisprinzipien (Begrenzung, Eingebettet sein, Selbstorganisation) abgeleitet, die Prinzipien des Handelns (Effizienz, Minimierung der Eingriffstiefe, Kreativität) ergeben.

ANHANG

Weltkonferenzen - Von UNCHE über UNCED zum WSSD

- 1972 UN-Konferenz über Human Environment (UNCHE), Stockholm; UNEP
Erscheinen der Meadows Studie „Die Grenzen des Wachstums“
- 1973 Erstes Umweltprogramm der Europäischen Gemeinschaft
- 1974 Konferenz über Welternährungsprobleme (Rom) und über Weltbevölkerungsprobleme in Bukarest
- In den 70ern beginnen Diskussionen über die Grundbedürfnisstrategie, „ecodevelopment“ und „andere Entwicklung“*
- 1977 Internationale Wasserkonferenz (Mar del Plata);
- 1978 Internationale Konferenz zur Wüstenbildung (Nairobi)
- 1979 Internationale Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (Rom)
- 1979-1983 OPEC-Ölkrise*
- 1980 World Conservation Strategie (formuliert von IUCN, UNEP und WWF in Abstimmung mit der UNESCO und FAO) / 1991 Unsere Verantwortung Erde. Strategie für ein Leben im Einklang mit Natur und Umwelt
- 1980 Brandt-Bericht (Das Überleben sichern)
- 1982/1987 Brundtland-Bericht (Our Common Future), 1987 Veröffentlichung
Intensivierung der „sustainable development“-Diskussion; Ausbruch der Verschuldungskrise
- 1989 *Ende des Kalten Krieges*
- 1990 Weltkindergipfel (WCS) (New York)
- 1992 UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), Rio de Janeiro
 Ergebnisse: Agenda 21, Deklaration von Rio, Klimaschutz-, Artenschutz-Konvention, Walderklärung)
- 1993 Zweite Weltmensenrechtskonferenz (Wien)
- 1994 Dritte Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo
- 1995 Weltgipfel für soziale Entwicklung (WSSD) in Kopenhagen;
 Vierte Weltfrauenkonferenz, WCW (Peking)
- 1996 Welternährungsgipfel (WFS) in Rom; Habitat II (Istanbul)
- 1997 Rio + 5
- 1999 Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (New York)
- 2000 Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen (New York)
 Weltgipfel für soziale Entwicklung und der Weg danach (Kopenhagen + 5)
- 2001 Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz (Durban)
- 2002 Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Monterey)
 Welternährungsgipfel: Fünf Jahre danach (Rom)
 UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (WSSD) / Johannesburg
- 2003 Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft

LITERATUR

Altwater, Elmar, Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung; Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996.

Amon, Werner / Liebmann, Andreas (Hrsg.): Umwelt - Friede - Entwicklung. Dimensionen 2000, Wien 1997.

Beck, Ulrich: Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main, 1998.

Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer; Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998.

Esteva, Gustavo: FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt a. M./Wien 1992.

Grober, Ulrich: Konstruktives braucht Zeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, B31-32/2002.

Kabou, Axelle: Weder arm noch ohnmächtig; Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer. Basel 1995.

Kennedy, Margrit: Gefahren und Chancen der Globalisierung. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 121/1999. S.27 ff.

Madörin, Mascha: Männliche Ökonomie - Ökonomie der Männlichkeit. In: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten, Frauenwirtschaftskonferenz, Schriftenreihe BD.6, Wien 1995.

Mascha Andreas: Das Holistische Marketing - Eine zukunftsfähige Managementstrategie. Sonderschrift der Arbeitsgruppe Integrales Management / Institut homo integralis.

Menzel, Ulrich: Geschichte der Entwicklungstheorie; Einführung und systematische Bibliographie. Hamburg 1995. Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt, Reinbek bei Hamburg 1998.

Moser Anton, Riegler Josef: Konfrontation oder Versöhnung? Ökosoziale Politik mit der Weisheit der Natur. Graz / Stuttgart 2001.

Narr, W., D., Schubert, A.: Weltökonomie, Die Misere der Politik. Frankfurt a. M., 1994.

Nohlen, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt; 1 Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn 1993.

Nuscheler, F. (Hg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn 2000.

Sachs, Wolfgang (Hg.): Wie im Westen so auf Erden, Ein polemische Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg 1993.

Schmee, J., Weissel, E. (Hg.): Die Armut des Habens; Wider den feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus. Wien 1999.

Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hg.): Nachbarn in Einer Welt; Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn 1995.

Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen 1993.

Zahlen / Statistiken: Vereinte Nationen / www.un.org

Organisation for Economic Co-operation and Development / www.oecd.org

Weltbankgruppe / www.worldbank.org